

Energiewirtschaft

17 Atomkraftwerke sollen im Mittel zwölf Jahre länger am Netz bleiben

**Greenpeace: 5.000 Tonnen hochradioaktiver Atom-
müll werden so zusätzlich erzeugt.**

Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat am 28. September 2010 ein neues Energiekonzept beschlossen, das die Bundeskanzlerin als „Revolution“ bezeichnete. Die 17 deutschen Atomkraftwerke sollen im Mittel zwölf Jahre länger am Netz bleiben. Nach dem Willen der Regierung sollen die sieben vor 1980 ans Netz gegangenen Kraftwerke acht Jahre länger laufen und die übrigen zehn 14 Jahre. Damit würde das letzte Atomkraftwerk nicht vor dem Jahr 2036 vom Netz gehen. Wird ein Reaktor früher abgeschaltet, dürfen dessen restliche Strommengen auf jüngere Anlagen übertragen werden. Damit soll der von der früheren rot-grünen Regierung vor zehn Jahren durchgesetzte Atom-Ausstieg korrigiert werden. Hiernach wäre das letzte Kernkraftwerk bis etwa 2022 abgeschaltet worden.

Die Koalition von CDU/CSU und FDP begründet die längeren Laufzeiten mit der Behauptung, damit sei der Strompreis stabil zu halten und der Umstieg auf erneuerbare Energien zu schaffen. Umstritten ist, ob der Bundesrat dem Beschluß zustimmen muß. Die Regierungskoalition hat in der Länderkammer keine Mehrheit. Die Regierung meint, eine Zustimmung sei nicht notwendig, die Opposition hat deshalb Klagen vor dem Bundesverfassungsgericht angekündigt.

Von den zusätzlichen Gewinnen der Betreiber durch einen längeren Betrieb der Atomkraftwerke will die Regierung rund 30 Milliarden Euro abschöpfen. Knapp die Hälfte soll in den Haushalt fließen

und zur Sanierung des maroden Atomlagers Asse verwendet werden, der Rest für den Ausbau erneuerbaren Energien.

Bis 2050 soll der Ökostrom-Anteil auf 80 Prozent steigen. Ein Schwerpunkt liegt im Energiekonzept bei kräftigen Einsparungen von Energie, etwa durch das Dämmen von Gebäuden. In diesem Bereich wird 40 Prozent der Energie in Deutschland verbraucht. Das Sanierungsprogramm soll ausschließlich über finanzielle Anreize verwirklicht werden.

Beim Ausbau der Erneuerbaren Energien will die Bundesregierung anstelle der Solarenergie vor allem große Windparks in Nord- und Ostsee fördern. Um die Offshore-Windleistung bis 2030 auf 25 Gigawatt auszubauen, sollen insgesamt etwa 75 Milliarden Euro investiert und Genehmigungsverfahren vereinfacht werden.

Energiepolitischer Irrweg

Der Bundesverband Windenergie (BWE) hat unmittelbar nach Bekanntgabe des Regierungsbeschlusses deutlich Protest angemeldet. Das Energiekonzept der Bundesregierung bremst den Ausbau der Windenergie in Deutschland ab und gefährdet kommunale Wertschöpfung, meinte BWE-Präsident Hermann Albers.

Der BWE kritisiert vor allem die Grundannahmen des Gutachtens, auf das sich die Bundesregierung mit der geplanten Verlängerung der AKW-Laufzeiten stützt. Darin wird davon ausgegangen, daß der Ausbau der Windenergie an Land bei 36.400 Megawatt

(MW) beendet wird. Dieses Niveau wird, wenn die gegenwärtigen Wachstumsraten fortgeschrieben werden, bereits in fünf Jahren erreicht sein. „So verschleudert die Bundesregierung das Potenzial der gesamten Windenergie als Klimaschützer Nummer 1“, betonte Albers.

Die Regierung erklärt der erfolgreichsten Wirtschaftsbranche den Krieg

Das Energiekonzept der Bundesregierung zielt nach Einschätzung der atomkritischen Ärzteorganisation IPPNW darauf ab, der wohl innovativsten und erfolgreichsten Wirtschaftsbranche der vergangenen Jahre den Boden unter den Füßen zu entziehen. Mit Ausnahme der Offshore-Windenergie werde die Erneuerbare-Energien-Branche einer radikalen Schrumpfkur unterzogen.

In den kommenden zehn Jahren soll die Branche gegenüber heute an Land jährlich nur noch ein Drittel der Windenergie-Kapazität, ein Viertel der Solarstrom-Kapazität und ein Siebtel der Bioenergie-Kapazität errichten dürfen. Ab dem Jahr 2020 soll die Branche der Erneuerbaren in Deutschland so gut wie gar keine Anlagen mehr zubauen dürfen, so eine Analyse des Bundestagsabgeordneten Hans-Josef Fell. Ein vergleichbares Bild ergebe sich aus dem „Nationalen Aktionsplan für erneuerbare Energie“, den die Bundesregierung nach Brüssel geschickt hat.

„Das ist nichts anderes als eine Kriegserklärung der schwarz-gelben Bundesregierung an die Erneuerbare-Energien-Branche“, kritisiert IPPNW-Energieexperte Henrik Paulitz. Hintergrund für diesen Generalangriff auf die Erneuerbaren Energien sei das exorbitante Strom-Überangebot, das aufgrund der geplanten Laufzeitverlängerungen für Atomkraftwerke zu erwarten ist. „Die Atomkraft-

werksbetreiber und die Bundesregierung sind erschrocken, wie massiv die Erneuerbaren Energien Jahr für Jahr zulegen. Bevor immer weitere Bevölkerungskreise realisieren, daß angesichts der Wachstumsraten eine vollständige Stromversorgung auf der Basis von Erneuerbaren Energien in spätestens 15 bis 20 Jahren machbar ist, soll jetzt offenbar die Notbremse gezogen werden“, so IPPNW-Energieexperte Henrik Paulitz. Die schlichte Logik laute: „Die Erneuerbaren Energien sollen nicht mehr weiter wachsen, damit die vier großen Energiekonzerne auch weiterhin ihren überflüssigen Atom- und Kohlestrom absetzen können.“ Die Förderung der Offshore-Windenergie habe den einfachen Grund, daß bei den Windparks im Meer meist die großen Energiekonzerne das Geschäft machen, während von den Windenergieanlagen an Land vielfach andere, kleinere mittelständische Akteure und Stadtwerke profitieren.

Das sogenannte Energiekonzept der Bundesregierung sei nicht mehr als die Verpackung für ein milliardenschweres Geldgeschenk an die Atomkonzerne, kritisiert Tobias Münchmeyer von Greenpeace. Nur ein Bruchteil der Zusatzgewinne werde tatsächlich abgeschöpft, während nicht nur Milliardengewinne, sondern auch 5.000 Tonnen hochradioaktiver Atom-
müll zusätzlich produziert würden. Zudem sei eine Einschränkung der Klagemöglichkeiten von Anwohnern geplant.

Weitere Geheim- absprachen der Bundes- regierung mit den Atom- konzernen

Früher oder später kommen Geheimnisse stets ans Tageslicht. Immer wieder hatten die Abgeordneten aus den Oppositionsfractionen am 29. September 2010 bei der Befragung der Bundesregierung zum Geheimvertrag zwischen

der Bundesregierung und den Atomkonzernen im Umweltausschuß gefragt, ob es neben dem Geheimvertrag weitere Nebenabsprachen der Regierungen mit den Atomkonzernen gegeben habe. Immer wieder wichen Kanzleramtsminister Pofalla sowie die Staatssekretäre Reiche (Bundesumweltministerium) und Dr. Beus (Bundesfinanzministerium) der Frage aus und weigerten sich, diese Frage zu beantworten. Das berichtete der Bundestagsabgeordnete Hans-Josef Fell (Bündnis 90/Die Grünen). Die Frage, die jetzt offen bleibt, lautet deshalb: Welche Geheimabsprachen hat die Bundesregierung noch mit den Atomkonzernen getroffen? Die Regierungsfaktionen hatten zu Beginn der Sitzung einen Antrag der Oppositionsfaktionen abgelehnt, die Öffentlichkeit zuzulassen. Jetzt ist klar, weshalb die Regierung keine Transparenz wünscht, so Fell.

Zudem kam bei der Befragung heraus, daß eine künftige Erhöhung von Entsorgungskosten der Atomkonzerne zu Mindereinnahmen in das Sondervermögen „Energie- und Klimafonds“ führen wird, das die Bundesregierung jetzt auflegen will. Bislang hatte die Bundesregierung lediglich zugestanden, daß Mehrausgaben für Sicherheitsnachrüstungen zu Minderzahlungen in den Fonds fließen, was schlimm genug ist, so Fell.

Sollte Gorleben gekippt werden oder die Entsorgungszahlungen deutlich höher ausfallen, als derzeit von den Atomkonzernen vorgesehen, dann stünden sogar der ganze Vertrag und damit auch die Mittel des Sondervermögens auf der Kippe. Die Eignung Gorlebens als Endlager wiederum wird von einer Vielzahl von Experten in Frage gestellt. Und wie Endlagerkosten explodieren können, konnte man bereits bei den Endlagern, „Asse 2“, „Morsleben“ und „Schacht Konrad“ feststellen. ●

Enteignungen für ein Endlager Gorleben sollen auch wieder möglich sein

Über das Atomgesetz sollen auch wieder Enteignungen für die Errichtung des Endlagers Gorleben möglich werden. Dies sieht der von den Koalitionsfraktionen CDU/CSU und FDP am 30. September 2010 eingebrachte Entwurf eines Zwölften Gesetzes zur Änderung des Atomgesetzes vor. Eine Enteignung solle nach dem Scheitern von Einigungsversuchen die Möglichkeit sicherstellen, Anlagen zur Endlagerung radioaktiver Abfälle einzurichten, heißt es darin.

www.atomausstieg-selber-machen.de

Alle Stromverbraucher können ihren Atomausstieg selber machen. Nach der Entscheidung der Bundesregierung, die Laufzeiten der Atomkraftwerke zu verlängern, rufen deshalb die Umweltverbände alle Stromkunden des Atom-Kartells zur Kündigung auf. „Wer noch Strom von E.ON, RWE, Vattenfall oder EnBW bekommt, finanziert damit das dreckige Atomgeschäft dieser Konzerne“, erklärte Florian Noto, Sprecher der Kampagne „Atomausstieg selber machen“, der 21 Umweltverbände angehören.

Die AKW-Betreiber vertreiben ihren Strom unter zahlreichen Marken. Dazu gehören Eprimo, enviaM, Enervie, KEVAG, Lechwerke LEW und Süwag, energis, lekker Energie (alle RWE), E-wie-einfach (E.ON), ENSO und Nuon (Vattenfall) sowie Yello, NaturEnergie, Stadtwerke Düsseldorf, EWE und ZEAG (alle EnBW).

Besonders empfehlenswert sind laut Noto dagegen die Elektrizitätswerke Schönau, Greenpeace Energy, Lichtblick und Naturstrom. Viele andere Stromversorger würden den Strom lediglich direkt oder über die Strombörse bei den vier Atomkonzernen kaufen. ●

Strahlentelex mit ElektrosmogReport

✂ ABONNEMENTSBESTELLUNG

An Strahlentelex mit ElektrosmogReport
Th. Dersee, Waldstr. 49, D-15566 Schöneiche b. Berlin

Name, Adresse:

Bitte teilen Sie Adressenänderungen künftig rechtzeitig selbst mit, und verlassen Sie sich bitte nicht auf die Übermittlung durch die Post. Vielen Dank.

Ich möchte zur Begrüßung kostenlos folgendes Buch aus dem Angebot (siehe unter www.strahlentelex.de/Abonnement.htm):

Ich/Wir bestelle/n zum fortlaufenden Bezug ein Jahresabonnement des **Strahlentelex mit ElektrosmogReport** ab der Ausgabe Nr. _____ zum Preis von EURO 72,00 für 12 Ausgaben jährlich frei Haus. Ich/Wir bezahlen nach Erhalt der ersten Lieferung und der Rechnung. Dann wird das **Strahlentelex mit ElektrosmogReport** weiter zugestellt. Im Falle einer Adressenänderung darf die Deutsche Bundespost - Postdienst meine/unsere neue Anschrift an den Verlag weiterleiten. Ort/Datum, Unterschrift:

Vertrauensgarantie: Ich/Wir habe/n davon Kenntnis genommen, daß ich/wir das Abonnement jederzeit und ohne Einhaltung irgendwelcher Fristen kündigen kann/können. Ort/Datum, Unterschrift:

Strahlentelex mit ElektrosmogReport • Informationsdienst •
Th. Dersee, Waldstr. 49, D-15566 Schöneiche b. Berlin, ☎ 030 / 435 28 40, Fax 030 / 64 32 91 67. eMail: Strahlentelex@t-online.de, <http://www.strahlentelex.de>

Herausgeber und Verlag: Thomas Dersee, Strahlentelex.

Redaktion Strahlentelex: Thomas Dersee, Dipl.-Ing. (verantw.), Dr. Sebastian Pflugbeil, Dipl.-Phys.

Redaktion ElektrosmogReport: Isabel Wilke, Dipl.-Biol. (verantw.), c/o Katalyse e.V. Abt. Elektrosmog, Volksgartenstr. 34, D-50677 Köln, ☎ 0221/94 40 48-0, Fax 0221/94 40 48-9, eMail: i.wilke@katalyse.de, <http://www.elektrosmogreport.de>

Wissenschaftlicher Beirat: Dr.med. Helmut Becker, Berlin, Dr. Thomas Bigalke, Berlin, Dr. Ute Boikat, Bremen, Prof. Dr.med. Karl Bonhoeffer, Dachau, Prof. Dr. Friedhelm Diel, Fulda, Prof. Dr.med. Rainer Frenzel-Beyme, Bremen, Dr.med. Joachim Großhennig, Berlin, Dr.med. Ellis Huber, Berlin, Dipl.-Ing. Bernd Lehmann, Berlin, Dr.med. Klaus Lischka, Berlin, Prof. Dr. E. Randolph Lochmann, Berlin, Dipl.-Ing. Heiner Matthies, Berlin, Dr. Werner Neumann, Altenstadt, Dr. Peter Plieninger, Berlin, Dr. Ernst Rößler, Berlin, Prof. Dr. Jens Scheer †, Prof. Dr.med. Roland Scholz, Gauting, Priv.-Doz. Dr. Hilde Schramm, Berlin, Jannes Kazuomi Tashiro, Kiel.

Erscheinungsweise: Jeden ersten Donnerstag im Monat.

Bezug: Im Jahresabonnement EURO 72,- für 12 Ausgaben frei Haus. Einzelheft EURO 7,20, Probeheft kostenlos.

Kontoverbindung: Th. Dersee, Konto-Nr. 5272362000, Berliner Volksbank, BLZ 100 900 00, BIC: BEVODE33, IBAN: DE59 1009 0000 5272 3620 00.

Druck: Bloch & Co. GmbH, Prinzessinnenstraße 26, 10969 Berlin.

Vertrieb: Datenkontor, Ewald Feige, Körtestraße 10, 10967 Berlin.

Die im Strahlentelex gewählten Produktbezeichnungen sagen nichts über die Schutzrechte der Warenzeichen aus.

© Copyright 2010 bei Thomas Dersee, Strahlentelex. Alle Rechte vorbehalten. ISSN 0931-4288